

Das hatten wir schon mal

Zu: „Kopftuch, Fahnen und Datenspionage“, FR-Politik vom 25.11.

Die CDU will die Schulen mit Fahnen bestücken. Im Oktober 1944 war mein erster Schultag. Am Schultor hing die Hakenkreuzfahne und an meinem Schulranzen baumelte eine Gasmaske. Eine Fahne am Schultor bedeutet für mich, man will die Kinder wieder zu Patrioten erziehen, um sie darauf vorzubereiten, für Volk und Vaterland die Fahne hochzuhalten. Das hatten wir doch schon mal. Wir Alten sollten es doch nicht vergessen haben. Es klingt in meinen Ohren wie „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen!“ Wehret den Anfängen!

Edith Matthes, Darmstadt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

40 Millionen Liter Öl

Nato: „Antworten gesucht“, FR-Politik vom 5. Dezember

Es ist ein Wink des Schicksals, dass die Klima-Konferenz und die Nato-Tagung gleichzeitig stattfinden. Das US-Militär hat durchgesetzt, sich nicht an die Umwelt-Vereinbarungen von Kyoto und Paris halten zu müssen. Kein Wunder bei den Belastungen für die Erde, die sich aus den Kriegen, den Manövern, der Hochrüstung und dem „Tagesgeschäft“ im militärisch-industriellen Komplex ergeben. Es geht u.a. um CO₂, Kerosinverschmutzung von Böden, um Löschschäume und Lösungsmittel, um Uran in Panzerabwehrwaffen, um aggressive Lösungsmittel und Schrott von ausgemusterten U-Booten, Panzern, Jets und weiterem militärischem Gerät.

Allein das US-Militär verbrennt jeden Tag aufs Neue über 40 Millionen Liter fossile Treibstoffe. Die Umweltbelastung der US-amerikanischen Armee übersteigt in der Summe die Emissionen und Abfallberge der meisten Staaten. Militär untergräbt die Sicherheit des Lebens auf der Erde. Ohne Frieden und Abrüstung kippt das Klima.

Bernhard Trautvetter, Essen

Dezenter Hinweis

Zu: „Vorwärts!“, FR-Titel vom 2. Dezember

Wenn die CDU mit ihren Figuren auf dem politischen Parkett genauso konfus aufgestellt ist, wie auf dem Schachbrett, das das FR-Titelbild vom 2. Dezember zeigt, dann sehe ich schwarz für die Groko. Allerdings: Dame und König vertauscht – das könnte auch ein dezenter Hinweis auf den nächsten Kanzlerkandidaten der Union sein ...

Peter Blaha, Karbach

Mein 1968: Das Rebellenjahr hat mich auf den richtigen Weg gebracht

Aus dem engen katholisch dominierten Städtchen (mittelalterliches Stadtbild) in Nordhessen in die große weite BRD spazierte. 1939 geboren, war ich ein „später“ 68er, hatte gerade noch die Kurve zu den 68ern gekriegt. Und das war gut so. Nach dem naiverweise irrümlich (!) erlittenen Bundeswehrjahr 1959/60 zog ich studierendeweise (Jura, „Recht und Gerechtigkeit“, aber dann reumütig zur „Literatur und Geschichte“ gewechselt) von Marburg über Hamburg nach Köln, und endlich war ich in Freiburg im Breisgau gelandet, *meiner* „68er Stadt“, wohl eher ein Nebenschauplatz für die 68er-RebellInnen: Aber *mein* politisches Erweckungserlebnis! Nach dem



50 Jahre '68
FR.de/die68er

MEIN 1968



Karl Fischer, geboren 1939, lebt in Ahrensburg.

In der Serie „Mein 1968“ erzählen FR-Leserinnen

und -Leser, wie sie den Umbruch erlebt haben. Alle Texte der Serie sind im FR-Blog nachzulesen. Der hier veröffentlichte Text findet sich unter frblog.de/1968-fischer

Abflauen der 68er Bewegung: Ratlos. Das sollte es gewesen sein? Somit also engere Berührungen mit maoistischen Gruppierungen. Das endete ziemlich bald.

Seitdem neben und mit dem Lehrerberuf in Berlin und Hamburg: Antifa, Gewerkschaft, ökologisch unterwegs (unter anderem Anti-AKW-Bewegung), in der Flüchtlingsarbeit tätig. Heute leben wir in einem alternativen Wohnprojekt (Allmende Wulfsdorf am Rande von Hamburg in Ahrensburg, in Rente und weiterhin aktiv, auch solidarisch mit „Fridays for future“-Bewegung, na klar. 68 hat mich auf den richtigen Weg gebracht. Gut so!

Karl Fischer, Ahrensburg

Ungleichbehandlung von Straftaten

Zu: „Höhere Strafen für Antisemiten“, FR-Politik vom 29. November

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht möchte eine Gesetzesänderung anstoßen, damit antisemitische Straftaten künftig härter geahndet werden können. Es sei für sie unfassbar und sie schäme sich dafür, dass sich Juden in Deutschland nicht mehr sicher fühlten, dass sogar viele darüber nachdenken, das Land zu verlassen. Bei Scham wolle sie es aber nicht belassen, es brauche klare Signale.

Ein klares Signal aus meiner Sicht ist, dass wir uns dafür einsetzen, dass Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz nicht noch weiter salonfähig gemacht werden. Dazu gehört auch, dass unsere Staatsorgane antisemitisch oder anderweitig religiös motivierte und fremdenfeindliche Straftaten lückenlos aufklären, woran es bis heute deutlich zu wünschen übrig lässt (vgl. NSU-Prozess, Fall Halit Yosgat).

Warum antisemitisch motivierte Körperverletzungen härter bestraft werden sollten als nicht antisemitisch motivierte Körperverletzungen, leuchtet in keiner Weise ein. Wenn eine Körperverletzung begangen wurde, ist der Schaden für das Opfer da – unabhängig davon, welche Motivlage hinter dieser Straftat gestanden hatte.

Eine solchermaßen angestrebte unterschiedliche Strafzumessung kommt aus meiner Sicht einer Ungleichbehandlung sowohl von Tätern als auch von Opfern gleich und widerspricht Artikel 3 GG, Absatz 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Und sie widerspricht auch dem folgenden Satz des Artikel 3 GG: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiö-

sen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Darüber hinaus würde eine derart ungleiche strafrechtliche Bewertung der gleichen kriminellen Handlung auch denjenigen Personen mit antisemitischen und anderen religiösen oder fremdenfeindlichen Vorurteilen in die Hände spielen, die sich in ihren verwerflichen Einstellungen gegenüber jüdischen Menschen bestätigt sehen würden.

Dieser Sachverhalt ist ein weiteres Beispiel dafür, dass bereits vorhandene Regelungen bzw. Gesetze nicht ausreichend in die Tat umgesetzt werden, politisch aber in einer Art vorseilendem Gehorsam neue Regelungen bzw. Gesetze geschaffen werden sollen, die den Sachverhalt im Grunde nur verschlimmbessern.

Ruth Rohdich, Lich

Die Legende vom Überblick

SUV: „Im Straßenkampf“, FR-Meinung vom 28. November

Da spricht mir Herr Staeck aber aus der Seele. Das Elend mit den SUV fand bei mir mit der Meinung eines Feuerwehrmannes seine Erklärung: Er plädierte für SUV, weil er als älterer und etwas behinderter Mensch besser in das Auto einsteigen könne und wegen des besseren Überblicks auch seine Bewegungseinschränkungen ausgleichen kann. Natürlich frage ich mich, was der Mann bei der Feuerwehr sucht. Aber das ist ein anderes Feld. Ältere und Behinderte müssen schon mal an der Straßenbahnhaltstelle Konstablerwache über die Schienen wenden – das geht mit einem Fiat 500 leider nicht. An der Ampel Habsburger/Röhnstraße parkte neulich ein SUV mit eingeschalteter Warnlichtanlage auf dem rechten Fahrstreifen 20 Minuten, weil der wahrscheinlich behinderte Fahrer sonst den Weg zur Pizzeria auf der anderen Straßenseite nicht geschafft hätte. Und noch

einen hab ich: In einer Hofeinfahrt auf der Hanauer Landstraße parkt ein großes Volvo-SUV mit einer hochhackigen Fahrerin, die argumentiert, sie müsse ihren behinderten Sohn abholen, den könne sie ja schließlich nicht tragen. Ja, so was.

Als ehemaliger Fahrer eines Citroën Xantia habe ich ein gewisses Gefühl für Bodennähe. Als mich der Fahrer eines großen Toyota-SUV so zuparkte, dass ich das Auto nur noch mit Hilfe der Hupe verlassen konnte, blaffte er mich an, ich stünde so dicht und tief neben ihm, dass er mich nach rechts gar nicht sehen konnte. So viel zum Überblick. Aber über Alte, Behinderte, stilettschuhbewehrte junge Mütter behinderter Kinder sollte man sich nicht aufregen. Für die sind die SUV ja gemacht. Und rote Ampeln überfahren sie selten, sie parken eher davor. Das ist aber mein nächstes Kapitel.

Manfred Kramer, Frankfurt

Patenschaften für Bäume

Frankfurt: „Fünftausend neue Bäume“, FR-Regional vom 25.11.

Es ist wunderbar, mit welcher Enthusiasmus die Frankfurter Familien bei der Aktion „Rettet den Stadtwald“ mitgemacht haben. Ein kleiner Wermutstropfen war die etwas defätistische Äußerung von Frau Heilig bezüglich des Anwachsens der Bäume. Einen Sommer wie 2018 sollte man nicht als Bedrohung, sondern als Herausforderung ansehen und, wenn nötig, nach „Rettet den Wald“ mit „Aktion Gießkanne“ beginnen, um die Bäumchen vor dem Austrocknen zu bewahren. Wir sind vom hohen pädagogischen Wert einer solcher Aktion, bei der nicht nur das Erschaffen, sondern insbesondere das Erhalten wichtig ist, überzeugt, und schlagen vor, zugunsten des „Babystadtwaldes“ Patenschaften für einzelne Bäumchen anzubieten.

Anita und F.W. Osterloh, Frankfurt

SORRY

Im Artikel „Hausarrest für Stuebentiger“ (5.12., S.40) hieß es in der Zwischenüberschrift, in Deutschland würden jedes Jahr Milliarden Vögel getötet. Täter: Hauskatzen. Für Deutschland gilt jedoch, dass Katzen jährlich 25 bis 100 Millionen Vögel erlegen. Milliarden sind es weltweit. So stand es richtigerweise auch im Text selbst.

Im Thema des Tages vom 6.12. (Seiten 2/3) machten wir widersprüchliche Angaben zum Fluchtvehikel des Verdächtigen. Im Artikel „Tödliche Schüsse im Auftrag Moskaus?“ ist es ein E-Scooter, in „Kein Einzelfall“ ein E-Bike. Nach Angaben der Berliner Polizei soll der Beschuldigte mit einem Fahrrad geflüchtet sein und habe sich einen E-Scooter als Fluchtmittel bereitgestellt.